



Investitionslücke wächst auf 420 Milliarden Euro – Staat kann Rückzug der Unternehmen nicht ausgleichen

Dirk Stein

Seit Beginn der Corona-Pandemie hat Deutschland nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Investitionen im Umfang von rund 420 Milliarden Euro eingebüßt. Während der Staat seine Ausgaben für Infrastruktur und Verteidigung ausweitet, investieren Unternehmen weiterhin deutlich weniger als vor der Krise. Die Entwicklung verweist auf ein strukturelles Problem des Wirtschaftsstandorts, das sich mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln allein kaum lösen lässt.

Private Investitionen bleiben weit hinter früherem Niveau zurück

Investitionen entscheiden darüber, welche Produktionskapazitäten künftig zur Verfügung stehen, wie schnell Unternehmen technologischen Fortschritt umsetzen und ob eine Volkswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit behaupten kann. Bleiben sie über Jahre aus, beschränkt sich der wirtschaftliche Schaden deshalb nicht auf die Gegenwart, sondern reicht weit in die künftige Entwicklung hinein.

Wie erheblich der Rückstand inzwischen ausfällt, zeigt eine neue Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Zwischen dem ersten Quartal 2020 und dem zweiten Quartal 2026 summierten sich die geschätzten gesamtwirtschaftlichen Investitionsausfälle in Deutschland auf rund 420 Milliarden Euro. Das entspricht etwa

neun Prozent sämtlicher Bruttoanlageinvestitionen dieses Zeitraums.

Besonders ausgeprägt ist die Entwicklung in der Privatwirtschaft. Unternehmen investierten nach den Berechnungen rund 470 Milliarden Euro weniger, als bei einer Fortsetzung der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten gewesen wäre. Damit fehlen rechnerisch nahezu zwölf Prozent des privaten Investitionsvolumens.

Die öffentlichen Investitionen entwickelten sich dagegen in die entgegengesetzte Richtung. Sie lagen insgesamt rund 50 Milliarden Euro über dem zugrunde gelegten Trend und verringerten damit die gesamtwirtschaftliche Investitionslücke, ohne den Rückstand der Unternehmen auch nur annähernd ausgleichen zu können.

Öffentliche Investitionen steigen, Unternehmen bleiben zurück

Wie weit sich die Entwicklung von Staat und Privatwirtschaft inzwischen voneinander entfernt hat, verdeutlicht der Vergleich mit dem Jahr 2019. Im zweiten Quartal 2026 lagen die privaten Investitionen noch immer mehr als zehn Prozent unter dem damaligen Jahresdurchschnitt. Die öffentlichen Investitionen übertrafen das Niveau von 2019 dagegen um rund 20 Prozent.

Zuletzt trugen insbesondere das Sondervermögen für Infrastruktur und die gelockerten Verschuldungsregeln für Verteidigungsausgaben zu dieser Entwicklung bei. Der Staat verfügt damit über zusätzliche finanzielle Möglichkeiten, um aufgelaufene Investitionsdefizite abzubauen und neue Vorhaben anzustoßen.

Allerdings entstehen durch höhere öffentliche Ausgaben nicht automatisch zusätzliche private Investitionen. Unternehmen entscheiden über neue Produktionsanlagen, Technologien oder Standorte nach ihren Erwartungen an künftige Erträge und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Hohe Energie- und Arbeitskosten, bürokratische Anforderungen und anhaltende Unsicherheit können deshalb dazu führen, dass Investitionsentscheidungen verschoben oder zugunsten anderer Standorte getroffen werden.

Gerade darin liegt das Problem der gegenwärtigen Entwicklung: Während öffentliche Mittel zunehmend wirtschaftliche Impulse setzen sollen, bleibt die Investitionsbereitschaft jener Unternehmen schwach, die einen wesentlichen Teil der künftigen Wertschöpfung erwirtschaften müssen.

Warum die 420 Milliarden Euro keine tatsächlich verlorene Geldsumme sind

Bei der Interpretation der IW-Zahlen ist allerdings eine methodische Unterscheidung wesentlich. Die 420 Milliarden Euro bezeichnen keine bereits bereitgestellten und anschließend verlorenen Finanzmittel. Vielmehr handelt es sich um eine rechnerische Differenz zwischen den tatsächlich vorgenommenen Investitionen und einem hypothetischen Verlauf ohne die Krisen seit 2020.

Als Vergleichsmaßstab dient die langfristige wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1991 und 2019. Die Berechnung unterstellt damit eine Fortsetzung des früheren Trends ohne Pandemie, Ukrainekrieg und die damit verbundenen wirtschaftlichen Anpassungslasten.

In welchem Umfang die Investitionen unter anderen Bedingungen tatsächlich diesem Verlauf gefolgt wären, lässt sich nicht feststellen. Das IW bezeichnet seine Ergebnisse entsprechend als grobe Orientierungsrechnung. Auch strukturelle Veränderungen, die unabhängig von den Krisen eingetreten wären, können die Aussagekraft eines solchen Vergleichs begrenzen.

Die Größenordnung macht dennoch deutlich, wie weit sich die tatsächliche Investitionstätigkeit inzwischen von der früheren Entwicklung entfernt hat.

Wirtschaftswachstum braucht wieder private Investitionen

Eine weitere Untersuchung des IW kommt zu dem Ergebnis, dass die deutsche Wirtschaft zwischen 2020 und 2025 nur durch höhere Staatsausgaben gewachsen ist. Die Bedeutung staatlicher Nachfrage für die wirtschaftliche Entwicklung hat damit zugenommen, während private Investitionen als eigenständiger Wachstumstreiber an Gewicht verloren haben.

Daraus ergibt sich ein wirtschaftspolitischer Zielkonflikt. Einerseits sind zusätzliche öffentliche Investitionen notwendig, um Defizite bei Infrastruktur und staatlicher Leistungsfähigkeit zu beheben. Andererseits können sie dauerhaft weder die Modernisierung privater Produktionsanlagen noch unternehmerische Investitionsentscheidungen ersetzen.

Die Bundesregierung versucht unter anderem mit einem Invest in Germany-Summit, zusätzliche Investoren für den Standort zu gewinnen. Entscheidend wird allerdings weniger die Ankündigung neuer Investitionsvorhaben sein als die Frage, ob Unternehmen in Deutschland wieder Bedingungen vorfinden, unter denen sich langfristige Kapitalbindungen wirtschaftlich rechnen.

Denn eine Investitionslücke von rechnerisch 420 Milliarden Euro lässt sich nicht dadurch schließen, dass der Staat seine Ausgaben erhöht, während Unternehmen ihre Investitionen weiterhin zurückhalten. Solange diese Entwicklung anhält, wächst nicht nur der Abstand zum früheren Investitionstrend, sondern auch das Risiko, dass Deutschland bei Produktivität, technologischer Erneuerung und künftigem Wachstum weiter zurückfällt.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Berechnungen zu den gesamtwirtschaftlichen Investitionsausfällen, 1. Quartal 2020 bis 2. Quartal 2026; methodische Grundlage:

Michael Grömling, Wirtschaftliche Auswirkungen der Krisen in
Deutschland, IW-Report Nr. 11/2024.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952520/investitions-luecke-deutschland-420-milliarden-euro-iw/>